



Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Mobilität und Tiefbau

Sitzungstermin: Dienstag, 24.09.2024
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 21:44 Uhr
Raum, Ort: Großer Sitzungssaal des Rathauses, Rathausplatz 1, 52134 Herzogenrath

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Tim Fürpeil CDU

Stadtverordnete/r

Roland Ebert SPD

Stefan Michael Kuklik SPD

Alfred Pritzel SPD

Robert Sarembe SPD

Reiner Vontra SPD

Kilian Fuchs CDU

Thomas Göttgens CDU

Thorsten Schlebusch CDU

Dorian Behrend B 90/DIE GRÜNEN

Katharina Herzner B 90/DIE GRÜNEN

Thomas Kosel B 90/DIE GRÜNEN

Walther Mathieu B 90/DIE GRÜNEN

Christoph Pontzen FDP

Vertretung für: Maik Hünefeld

Vertretung für: Dieter Gronowski

Vertretung für: Laura Postma

Sachkundige/r Bürger/in

Thorsten Eich SPD

Szilveszter Türmer SPD

Jannik Zabel SPD

Timo Derißen CDU

Frank Schmidt CDU

Niklas Scholtes FDP

Bruno Barth UBL

Vertretung für: Christian Keimer

Vertretung für: Ralf Hardt

Sachkundige/r Einwohner/in

Cihan Bir Integrationsrat

Elke Hofmann Behindertenforum

Eduard Vondenhoff Seniorenbeirat

Verwaltung

Fabienne Heinrichs

Gregor Uhoda

Franz-Josef Türck-Hövenner

Abwesende Mitglieder

Stadtverordnete/r

Maik Hünefeld SPD entschuldigt

Dieter Gronowski CDU entschuldigt

Laura Postma B 90/DIE GRÜNEN entschuldigt

Sachkundige/r Bürger/in

Christian Keimer SPD entschuldigt

Ralf Hardt UBL entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil (von 18:00 Uhr bis 21:30 Uhr)

- | | | |
|---|--|-----------------------|
| 1 | Eröffnung der öffentlichen Sitzung | |
| 2 | Bestellung der Schriftführer*innen | V/2024/333 |
| 3 | Einwohnerfragestunde gemäß § 48 GO NRW in Verbindung mit § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Herzogenrath | |
| 4 | Beschlusskontrolle - öffentlicher Teil | V/2024/001-E03 |
| 5 | Fahrradaktionsplan
hier: Bestandsanalyse der Radverkehrsanlagen in Herzogenrath (Ergebnisse & Ausblick) | V/2022/353-E01 |
| 6 | Radverkehrsverbindung zwischen Kerkrade Bushof und Herzogenrath Bahnhof; hier: Ergebnis der Machbarkeitsstudie | V/2023/329-E02 |
| 7 | Potenziale von Leerfahrten im Busverkehr;
hier: Rückmeldung der ASEAG | V/2024/130-E01 |
| 8 | Bessere Sichtbarkeit von Absperrpollern
hier: Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen | V/2021/423-E01 |

9	Gebühren für Straßenausbau nach dem KAG hier: neue Regelung und Satzungsänderung	V/2023/373-E01
10	Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 09.09.2024 hier: Einrichtung einer Schulstraße an der Regenbogenschule	V/2024/331
11	Fortschreibung des Landesstraßenbedarfsplan NRW; hier: Information	V/2024/326
12	Neuaufstellung des ÖPNV-Bedarfsplans; hier: Information	V/2024/327
13	Nebenanlagen entlang zu sanierender Hauptverkehrsstraßen; hier: Antrag der SPD- und Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Fraktionen vom 09.07.2024	V/2024/305
14	Überarbeitung des bestehenden ÖPNV-Konzeptes für die Bereiche Niederbardenberg und Wefelen hier: Antrag der UBL-Fraktion vom 02.09.2024	V/2024/325
15	Ausbau Römerstraße hier: Ergebnis der Bürgerinfo – Beschluss der Entwurfsplanung	V/2024/308
16	Bürgeranregung gemäß § 24 Gemeindeordnung NRW vom 15.07.2024 hier: Vernachlässigte Fuß- und Radwege	V/2024/286
17	Widmung von Verkehrsflächen; hier: Brucknerstraße	V/2024/304
18	Widmung von Verkehrsflächen; hier: Bicherouxstraße	V/2024/303
19	Informationen und Anfragen	

Nichtöffentlicher Teil (von 21:31 Uhr bis 21:44 Uhr)

20	Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung	
21	Beschlusskontrolle - nichtöffentlicher Teil	V/2024/002-E03
22	Beschaffung Klein-LKW Nutzfahrzeug bis 5,5 t. mit Dreiseitenkipper, Toolbox und Leitergestell hier: Auftragsvergabe	V/2024/282
23	Informationen und Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu Top 1: **Eröffnung der öffentlichen Sitzung**

Herr Fürpeil eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt wurde. Er fragt nach Anmerkungen zur Tagesordnung.

Herr Göttgens vermisst einen Antrag der CDU, welcher vor zwei Wochen bei der Verwaltung eingegangen ist. Dazu habe vor der Sitzung eine Begehung stattgefunden. Auch die Begehung tauche in der Tagesordnung nicht auf. Dies könne im TOP Informationen und Anfragen diskutiert werden. Er möchte sicherstellen, dass protokolliert wird, was im Rahmen der Begehung vereinbart wurde.

Herr Uhoda antwortet, dass der Antrag kurz vor der Frist eingegangen ist. Urlaubs- und krankheitsbedingt gab es Schwierigkeiten, die Sitzungsunterlagen fristgerecht zu verschieken. Herr Uhoda hatte deshalb den Ortstermin organisiert, der unter Informationen und Anfragen behandelt werden soll. Der Antrag der CDU wird im Protokoll nachgereicht.

Herr Schlebusch weist darauf hin, dass eine Nachtragstagesordnung in solchen Fällen üblich ist.

Herr Uhoda antwortet, dass er kein Personal hat und es Probleme mit Allris gibt. Er habe es nicht geschafft eine Nachtragstagesordnung auf den Weg zu bringen.

Herr Göttgens bestätigt die Probleme mit Allris und weist auf die Gemeindeordnung hin, die besagt, dass ein Antrag, der fristgerecht eingegangen ist, behandelt werden muss, notfalls mit der unveränderten Beschlussvorlage und ohne bearbeitet worden zu sein.

Herr Barth äußert, dass er von dem Besichtigungstermin erst am Samstag erfahren hat. Er als Vertretung könne aufgrund der Kurzfristigkeit nichts dazu sagen. Er würde Beratungsbedarf anmelden, wenn das Thema auf die Tagesordnung kommt. Der Antrag der CDU müsste auf der Tagesordnung stehen. Der Besichtigungstermin sei zu kurzfristig angekündigt worden.

Herr Fürpeil gibt Herrn Barth recht. Er selbst konnte an dem Termin nicht teilnehmen. Der Antrag sei fristgerecht eingegangen und hätte auf der Tagesordnung stehen müssen. Es müsse in einem solchen Fall mit einer Nachtragstagesordnung gearbeitet werden.

Herr Kuklik weist zu TOP 10 darauf hin, dass dieser ebenfalls im Jugendhilfeausschuss behandelt wird. Dort müsse der TOP allerdings zuerst beraten werden. Deshalb sollte der TOP hier von der Tagesordnung genommen werden und anschließend, je nach Entscheidung durch den Jugendhilfeausschuss, hier beraten werden.

Herr Fürpeil stimmt dem zu. Er stellt eine allgemeine Zustimmung fest. Der TOP wird von der Tagesordnung entfernt und zuerst durch den Jugendhilfeausschuss beraten.

Herr Göttgens fragt, ob es dann eine zeitliche Verzögerung gibt. Er weist darauf hin, dass die Beschlussfassung für die beiden Ausschüsse unterschiedlich ist.

Herr Türck-Hövenner antwortet, dass eine Verschiebung nicht problematisch ist. Er stimmt zu, dass Anträge die fristgerecht eingegangen sind, auf der Tagesordnung erscheinen sollen. Dies werde die Verwaltung verstärkt mitnehmen.

Herr Mathieu weist auf die Bürgeranregung von TOP 17 hin. Bürgeranregungen sollten grundsätzlich an den Anfang der Tagesordnung genommen werden, nach der Beschlusskontrolle.

Herr Fürpeil antwortet, dass dies umgesetzt wird.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

Es werden folgende Vertretungen genannt:

Herr Thorsten Schlebusch vertritt Herrn Dieter Gronowski,

Herr Bruno Barth vertritt Herrn Ralf Hardt,

Frau Katharina Herzner vertritt Frau Laura Postma,

Herr Stefan Kuklik vertritt Herrn Maik Hünefeld,

Herr Szilveszter Türmer vertritt Herrn Christian Keimer.

Zu Top 2: **Bestellung der Schriftführer*innen**

Herr Fürpeil weist darauf hin, dass Frau Heinrichs einmalig für die heutige Sitzung die Schriftführung des Ausschusses für Mobilität und Tiefbau übernimmt, da die anderen Schriftführer verhindert sind.

Herr Uhoda erläutert, dass die Urlaube seiner Mitarbeiter bereits Anfang des Jahres genehmigt worden sind, nicht wissend, dass Frau Oidtmann im Laufe des Jahres in eine andere Abteilung wechseln würde. Das Protokoll wäre andernfalls nur unter Zeitdruck zur nächsten Sitzung fertig geworden.

Herr Schlebusch findet die Formulierung der Vorlage ungut, da „arbeitsorganisatorische“, nicht aber wie beschrieben „persönliche Gründe“ daliegen.

Herr Uhoda gibt Herrn Schlebusch recht. Die Vorlage habe A10 kurzfristig zur Verfügung gestellt und aufgenommen. Er selbst habe sie vorher nicht gesehen. Dass es sich um arbeitsorganisatorische Gründe handelt, wird im Protokoll aufgenommen.

Herr Göttgens verweist auf den Lückentext in der Vorlage und möchte wissen, welcher Name dort eingetragen wird.

Herr Uhoda antwortet: „Frau Heinrichs“.

Herr Göttgens fragt dazu, wer in Zukunft eingetragen wird.

Herr Fürpeil antwortet, dass dann der Stellvertreter da sei.

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität und Tiefbau bestellt Frau Fabienne Heinrichs einmalig als neue/n Schriftführer*in für diese Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 21

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Zu Top 3: **Einwohnerfragestunde gemäß § 48 GO NRW in Verbindung mit § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Herzogenrath**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Zu Top 4: **Beschlusskontrolle - öffentlicher Teil**

Zu Teil A) Zuständigkeiten Straßen.NRW – StädteRegion Aachen, S1

Herr Sarembe bedankt sich, dass die Verwaltung die Stellungnahme des Landesbetriebes, die Ergebnisse der Protokolle, nachgeschickt hat.

Herr Göttgens merkt grundsätzlich an, dass die Ausführungen von dem Treffen mit Straßen NRW inhaltlich zur öffentlichen Beschlusskontrolle gehören.

Herr Uhoda gibt ihm Recht. Der Zugang zu Allris funktioniere gerade nicht. Man habe versucht, es in Allris aufzunehmen. Die Antworten lagen zum Zeitpunkt des Drucks noch nicht vor.

Herr Göttgens bittet, dies zu protokollieren und die Informationen schnellstmöglich in Allris zur Verfügung zu stellen.

Herr Mathieu bittet um Erläuterung, ob es zur Beschlusskontrolle noch nachgereichte Informationen gegeben hat.

Herr Fürpeil verweist auf eine E-Mail von Herrn Uhoda an die Fraktionen in der vergangenen Woche mit ergänzenden Hinweisen.

Herr Mathieu antwortet, dass ihn nichts erreicht hat.

Zu Teil A) Zuständigkeiten Straßen.NRW – StädteRegion Aachen, S3

Herr Barth erläutert zur Zugangssituation der Kita K.I.D.S., dass hier etwas durcheinandergelassen ist. Die UBL habe mit der CDU einen Antrag eingereicht, der eine zusätzliche Wegebenutzung der Kita aus der Saarstraße behandelt. Dies stehe auch in der Beschlusskontrolle. Weiter unten sei die Rede von einer „Querungshilfe Gertrudisstraße“, von der nie die Rede gewesen sei. Auch von einer Querungshilfe an der Geilenkirchener Straße sei nicht die Rede gewesen. Der Kurzzeitparkplatz sei Anfang des Jahres eingerichtet worden. Es erschließe sich nicht, weshalb ein Abstimmungstermin mit Straßen NRW stattgefunden hat. Er bittet um Erläuterung. Es gehe darum, dass die Eltern ihre Kinder in der Saarstraße rauslassen können und nicht auf der Geilenkirchener Straße, die gefährlich ist. In der Saarstraße ist Straßen NRW im Gegensatz zur Geilenkirchener Straße nicht zuständig.

Herr Uhoda antwortet, dass im August eine allgemeine Gesprächsrunde stattgefunden hat und unter anderem dieser Punkt nochmal angesprochen worden ist. Weitere Details habe er nicht. Herr Hergesell sei erkrankt. Es ist bei dem Termin über die Querungshilfe der L232 gesprochen worden.

Herr Barth erläutert zur Geilenkirchener Straße, dass diese bisher von Eltern genutzt wurde, was verhindert werden soll, indem über die Saarstraße ein Zugang geschaffen wird. Straßen NRW sei somit indirekt zuständig. Von einer Querungshilfe sei nie die Rede gewesen. Es soll geklärt werden, ob eine Zuwegung von der Saarstraße erfolgen kann.

Teil B) Bürgeranregungen gem. § 24 GO NRW, S1

Herr Barth bittet, die Bürger über die geplante Einwohnerversammlung am 11. Oktober 2024 zu informieren.

Herr Uhoda antwortet, dass bis zum 11. Oktober ein Termin stattfinden sollte. Über die Urlaubszeit sei dies verschwitzt worden. Man werde es im November nachholen.

Herr Fürpeil merkt an, dass man sich als Ausschussvorsitzender auf solche Termine einstellt. Er entschuldigt sich aufgrund seines Jahresurlaubs bereits jetzt für den Termin im November. Frühere Informationen über Verschiebungen seien sinnvoll und notwendig. Im Moment würden die Informationen fehlen.

Herr Saremba sagt, dass sein Antrag für den 31. Oktober gewesen sei und möchte wissen, weshalb es nun der 11. Oktober ist.

Herr Fürpeil weist auf die Ferien hin und erläutert, dass deshalb der Termin vor den Ferien hätte stattfinden sollen. Jetzt findet er nach den Ferien statt.

Teil B) Bürgeranregungen gem. § 24 GO NRW, S3

Herr Barth erläutert zum Verkehrskonzept Eygelshovener Straße, dass die Markierungsarbeiten an der Grenze ausgeführt wurden und er dies gutheißt. Der Parkplatz vor dem Wertstoffhof sei aufgrund mangelnder Finanzen wegfallen. Nun gebe es samstags morgens dort ein Parkproblem, das dringend kontrolliert werden muss. Die Gelbmarkierungen auf der Eygelshovener Straße seien weggefräst worden, aber nicht in der Gierlichsstraße. Er bittet um eine vollständige Entfernung, sodass der Verkehrsversuch vollständig beendet ist.

Herr Uhoda antwortet, dass die Markierungen auf der Eygelshovener Straße aufgrund der dort parkenden Autos noch da seien, die man jetzt nicht abschleppen wird. Das wird zu einem späteren Zeitpunkt gemacht, da auch die Anbringung Weißmarkierungen vorgesehen sind. Warum die Nebenstraßen nicht gemacht wurden, kann er nicht beantworten.

Herr Barth ergänzt, dass in der Gierlichsstraße nicht überall Autos parken und er auch noch keine Weißmarkierungen gesehen hat. An den Ecken von der Eygelshovener Straße zur Gierlichsstraße, zu Am Eselsweg und zur Marienstraße gebe es überhaupt keine Markierungen. Es sei schwarz gemacht worden und sehe so aus, als sei es provisorisch. Er fordert, dass dort dringend nachgebessert wird.

Teil C) Politische Anträge und weitere Basisgegenstände, S1

Herr Saremba weist zu Punkt C1 darauf hin, dass dies bis Sommer untersucht werden sollte, jetzt sei es Herbst.

Herr Uhoda antwortet, dass dies im Rahmen des Mobilitätskonzepts seit dem Sommer 2024 untersucht wird. Die Verwaltung arbeite mit der Firma Ing.-Büro Durth Roos Consulting GmbH aus Bonn zusammen. Herr Uhoda verweist auch auf den Punkt C7 der Beschlusskontrolle.

Herr Fürpeil ergänzt, dass das Mobilitätskonzept im Sommer begonnen wurde und dies im Zuge dessen untersucht wird.

Teil C) Politische Anträge und weitere Basisgegenstände, S5

Herr Schlebusch möchte zum Reallabor „Untere Kleikstraße“ auf Seite 5 und 6 wissen, ob es weitere Erkenntnisse gegeben hat und ob man das Thema nun abschließen könne, da es

auf Ablehnung in der Bevölkerung und bei den Gewerbetreibenden gestoßen ist.

Herr Uhoda verweist auf eine Antwort im Protokoll.

Antwort der Verwaltung:

Der Beschluss ist nach wie vor aktuell und nur aufgrund der Vielzahl an Projekten und Kapazitätsmangel in A 66.2 aktuell noch nicht weiterverfolgt worden.

Herr Saremba fragt, wie es um den Inhalt und das Datum des Workshops steht.

Herr Uhoda kann dies nicht beantworten.

Teil C) Politische Anträge und weitere Basisgegenstände, S6

Herr Saremba sagt zu Punkt C10 „Verlegung der Bushaltestelle Herzogenrath Forstumer Straße (H2)“, dass er zu der Begehung nicht eingeladen wurde. Er möchte wissen, welches Ergebnis sich aus dem Ortstermin ergeben hat.

Herr Uhoda erläutert, dass es drei Haltestellen in Niederbardenberg gibt, von denen eine nicht behandelt wird. Die Haltestelle Forstumer Straße sei erledigt. Am 7. Oktober 2024 gibt es einen Termin zur Haltestelle „Friedhof“.

Herr Saremba antwortet, dass die Einladung zur Besichtigung der Forstumer Straße bei der SPD Fraktion nicht eingegangen ist und die SPD deshalb nicht vertreten ist.

Herr Fürpeil bringt ein, dass dies in der letzten Sitzung bereits gesagt wurde.

Herr Uhoda antwortet auf erneute Nachfrage von Herr Saremba, dass einige Bürger bei dem Termin anwesend waren und auch der betroffene Anwohner, der einen Bauantrag im Amt 61 gestellt hat. Dieser musste sein Vorhaben aufgrund der COVID19-Pandemie verschieben und wollte jetzt reagieren. Aus diesem Grund müsse die Bushaltestelle bzw. das Wartehäuschen versetzt werden. Man habe sich vor Ort getroffen. Die gegenteiligen Meinungen der Bürger habe man sich angehört. Die ASEAG sei auch vertreten gewesen, sehe aber keine andere Möglichkeit aufgrund der Buslinie 21, die mit einem Gelenkbus dort fährt und einen längeren Bushaldebereich benötigt.

Zu C) Politische Anträge und weitere Basisgegenstände, S8

Herr Saremba weist zu Punkt C16 darauf hin, dass bei der Formulierung „digitale Parkscheiben“ das Wort „digital“ gestrichen werden muss.

Herr Fürpeil antwortet, dass es sich um einen Schreibfehler handelt.

Zu D) Zuständigkeit Linienträger go.Rheinland / AVV / ASEAG, S2

Herr Saremba weist darauf hin, dass der Punkt D3 nicht abgeschlossen, sondern ausgesetzt ist.

Herr Göttgens antwortet, dass man um den Beschluss weiß und dieser in Allris dokumentiert ist. Der jetzige Vorgang sei abgeschlossen und müsse nicht in der Beschlusskontrolle stehen.

Herr Fürpeil ergänzt, dass man versucht, die umfangreiche Beschlusskontrolle zu verkleinern.

Zu D) Zuständigkeit Linienträger go.Rheinland / AVV / ASEAG, S3

Herr Saremba möchte zu D4 wissen, wann das Konzept, welches laut der Formulierung „demnächst“ erarbeitet werden soll, erarbeitet wird.

Herr Uhoda hat keine weiteren Angaben.

Herr Behrend möchte zu D6 wissen, ob die Bürgerversammlung noch in diesem Jahr stattfindet.

Herr Uhoda antwortet, dass Herr Bischof dazu mit der ASEAG in Kontakt ist. Die Verwaltung versucht, es in diesem Jahr noch umzusetzen.

Zu E) Tiefbau und Baubetrieb, S1

Herr Barth weist zu Punkt E1 „Politischer Antrag „Schaffung zusätzlicher P&R und B&R Angebote am Bahnhof Herzogenrath sowie Reaktivierung des ehemaligen Fußgängertunnels“ darauf hin, dass die Reaktivierung des Fußgängertunnels nicht mehr aktuell ist. Er möchte wissen, weshalb dies noch vermerkt sei.

Herr Uhoda antwortet, dass man den Titel nicht ändern kann und das Thema P&R noch aktuell ist. Es ist zurzeit in der Prüfung, denn die Städte Euskirchen und Brühl seien quasi fertig und haben selbst genug Bausummen, um einen eigenen Antrag zu stellen. Die Stadt Herzogenrath bremse dies derzeit. Man prüfe derzeit die Statik und habe ein Bodengutachten erstellen lassen. Das Ingenieurbüro erarbeite derzeit die notwendigen Maßnahmen und die damit verbundenen Kosten. Herr Uhoda geht davon aus, dass das Verhältnis aus Kosten und Nutzen des Vorhabens nicht gegeben ist. Dies sei für den Ausschuss im November vorgesehen. Herr Uhoda schlägt vor, es am Bahnhof Herzogenrath Mitte nicht weiter fortzuführen.

Herr Barth bedauert, dass der Fußgängertunnel nicht umgesetzt werden kann. Er fragt, ob das P&R und B&R Angebot unsicher ist bzw. wegfallen kann.

Herr Uhoda antwortet, dass man keine Aufstockung schaffen kann, wenn die Statik dies nicht hergibt und dass man mit dem Bestandsgebäude nicht weiter planen kann. Er hofft genauere Informationen im nächsten Ausschuss mitteilen zu können.

Zu E) Tiefbau und Baubetrieb, S6

Herr Saremba möchte wissen, ob die Information nur an die Hausbewohner oder auch an die Anwohner geht. Er fragt außerdem, wie es um die Besetzung der Ingenieursstelle steht.

Herr Uhoda wird im TOP Informationen und Anfragen auf die zweite Frage antworten. Zur ersten Frage antwortet er, dass man wie gewünscht über die Medien informiert hat. Die Eigentümer seien angeschrieben worden und es habe eine Wurfsendung an die Anwohner gegeben. Er geht davon aus, dass alle informiert worden sind. Es haben sich Eigentümer und Anwohner dazu bei der Verwaltung gemeldet. Die Verwaltung hat ihre Aufgabe erfüllt. Herr Meusel hat die Information persönlich in die Briefkästen in der Römerstraße eingeworfen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität und Tiefbau nimmt die Ausführungen der Verwaltung zu den Anlagen A-E zur Kenntnis.

Zu Top 5:

Fahrradaktionsplan

hier: Bestandsanalyse der Radverkehrsanlagen in Herzogenrath (Ergebnisse & Ausblick)

Frau Rakers referiert zum Fahrradaktionsplan und beantwortet die Fragen der Anwesenden.

Herr Saremba möchte wissen, ob in Merkstein, an der Geilenkirchener Straße, am Boscheler Berg kurz vor Ende der Ortschaft der Landesbetrieb zuständig ist.

Frau Rakers bejaht.

Herr Saremba fragt, wie man zur Sanierung der Geilenkirchener Straße, die für dieses Jahr vorgesehen war, auf den Landesbetrieb einwirken kann, sodass sie den Wünschen und Anforderungen der Verwaltung entspricht.

Herr Uhoda antwortet, dass dies mit Straßen NRW im August besprochen wurde. Herr Egenter, Leiter der Niederlassung, hat mitgeteilt, dass sie zurzeit, wenn überhaupt, sehr kurzfristig eine Zusage für die Sanierung der Landesstraße bekommen. Dies war für Mai dieses Jahres geplant, ist dann aber kurzfristig zurückgezogen worden, da der Verkehrsmi-nister keine weitere Freigabe der HH-Mittel gemacht hat. Bisher wollte Straßen NRW nur von Randstein bis Randstein, nicht aber die Nebenanlagen sanieren. Auf die Nachfrage, ob man sich bei der Gelegenheit zusammensetzen kann, um da weiter zu gehen, kam die Rückmel-dung, dass dafür derzeit kein Planer da ist und keine weiteren Mittel bereitstehen. Er wisse nicht, wann er die Freigabe bekommt. Wenn die Freigabe da ist, muss diese sofort umge-setzt werden. Es geht insbesondere um eine neue Streckenführung.

Herr Saremba hakt nach, wie man außerhalb der OD auf den Landesbetrieb einwirken kann, sodass der Radweg gebaut wird, wie es sich gehört.

Herr Uhoda antwortet, dass man von Straßen NRW beteiligt wird. Bei dem Termin sei dazu nichts zugesagt worden.

Herr Mathieu möchte wissen, ob man eine Gewichtung der Bedeutung der Streckenabschnit-te der Radwege für den Radverkehr hat, welche die genutzten Wege sind und welche Wege mit welchen Sicherheitsstufen und Modalitätskriterien zur Verfügung stehen.

Frau Rakers antwortet, dass derzeit die Bestandserhebung erfolgt und im Rahmen der Zu-sammenarbeit mit der StädteRegion die Qualitätsstandards festgelegt werden. Die größten Potenziale und Bedarfe werden zurzeit ermittelt, um diese anhand des StädteRegionalen Netzes auszubauen. Das StädteRegionale Netz bilde die Hauptachsen, die auf kommunaler Ebene ergänzt werden müssen.

Herr Türck-Hövenner antwortet, dass man aufgrund der STARK-Finanzierung die Gelegenheit hat, eine Bestandsanalyse zu machen und das Thema zu bearbeiten. Es gibt 60 km Radver-kehrswege und auch viele Mängel. Viele Radwege befinden sich auf Landesstraßen. Die Stadt hat keinen Einfluss auf den Landesbetrieb NRW. Er ist enttäuscht über die Verschie-bung der Sanierung der Geilenkirchener Straße und dass der Landesbetrieb der Stadt nicht die Chance gibt, Gelder in den Haushalt einzustellen, um vorsorglich in ein oder zwei Jahren tätig werden zu können. Der Landesbetrieb entscheidet, wann er welche Maßnahme um-setzt. Dies sind natürlich auch politische Vorgaben aus den Ministerien. Herr Türck-Hövenner weist darauf hin, dass es im Haushalt kein Geld für den Radverkehr gibt und man deshalb nicht handeln kann, um wesentliche Verbesserungen herbeizuführen.

Herr Kuklik weist auf günstige Lösungen hin, wie das Verkehrszeichen 277.1 „Überholverbot

von mehrspurigen Fahrzeugen für einspurige Fahrzeuge“ z.B. für Straßen, wo Autos den Mindestabstand von 1,5 Metern zum Fahrrad beim Überholen nicht einhalten können. Er möchte wissen, ob es dieses Schild in Herzogenrath bereits gibt oder dessen Verwendung geplant ist.

Frau Rakers verneint. Ob es Planungen zu einem solchen Schild gibt, kann sie nicht beantworten.

Herr Matthieu erklärt, dass es um den Fahrradaktionsplan geht; eine Idee, die er eingebracht hat. Dafür seien vor zwei Jahren 50.000 € in den Haushalt eingestellt worden. Er hofft, dass dies in Zukunft wieder gelingt.

Herr Türck-Hövenner weist darauf hin, dass es ebenfalls wichtig ist, die Vernetzung über die Stadtgrenzen hinaus zu berücksichtigen. Er begrüßt die Initiative der StädteRegion.

Herr Behrend möchte wissen, ob die Ergebnisse aus der Haushaltsbefragung des Mobilitätskonzepts auch in das kommunale Netz einfließen.

Frau Rakers antwortet, dass es notwendig ist, die Radverkehrsförderung gesamtstädtisch zu betrachten. Das Mobilitätskonzept bildet die Grundlage für das Radverkehrsnetz. Die Ergebnisse fließen hier mit ein. Der Radverkehr muss als Bestandteil eines multimodalen Systems betrachtet werden. Auch die Verknüpfung der Bahnhöfe ist wichtig.

Herr Behrend fragt nach, ob die Rückmeldungen der Bürger aus der Haushaltsbefragung des Mobilitätskonzepts auch mit einfließen. Er verweist auf den Punkt C6 der Beschlusskontrolle, der besagt, dass die Befragung voraussichtlich im Dezember stattfindet.

Frau Rakers antwortet, dass in der Haushaltsbefragung hauptsächlich das Mobilitätsverhalten abgefragt wird. Der Radverkehr sei auch ein Thema. Man werde Informationen darüber erhalten, wo die Bürger lang fahren, aber nicht, welche Wege am meisten genutzt werden.

Herr Behrend ergänzt, dass er genau das meinte, dass von den Wegen, die von den Bewohnern eingetragen werden, die Probleme und die viel genutzten Wege ermittelt werden.

Herr Barth bittet darum, den Vortrag an die Fraktionen zu verschicken.

Herr Fürpeil bittet darum, dies, wenn möglich, vor der Sitzung zu machen.

Herr Barth weist darauf hin, dass bei der Erneuerung der Kirchrather Straße, hinter dem REWE, ein Schild zur Fußgängerüberquerung kürzlich mitten auf dem Radweg angebracht wurde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität und Tiefbau nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Bestand der Radverkehrsanlagen im Stadtgebiet von Herzogenrath zur Kenntnis.

Zu Top 6:

Radverkehrsverbindung zwischen Kerkrade Bushof und Herzogenrath Bahnhof; hier: Ergebnis der Machbarkeitsstudie

Herr Saremba macht folgenden geänderten Beschlussvorschlag:

„Der Ausschuss für Mobilität und Tiefbau nimmt das Ergebnis der Machbarkeitsstudie zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Umsetzung einer Radwegeverbindung zwischen dem Bushof Kerkrade und dem Bahnhof Herzogenrath gemeinsam mit der Gemeinde Kerkrade grundsätzlich weiterzuverfolgen.

Um die Bürgerschaft frühzeitig aktiv an den Planungen für die genaue Streckenführung zu beteiligen, beauftragt der Ausschuss für Mobilität und Tiefbau die Verwaltung, die verschiedenen Varianten zeitnah in einem Bürgerworkshop vorzustellen und zu diskutieren.“

Grund für den geänderten Beschlussvorschlag ist, dass die Linienführung Naturressourcen schonen und die gegebenen Verkehrswege genutzt werden sollen.

Herr Barth erläutert, dass nicht die Vorzugsvariante, sondern andere Varianten zu bevorzugen seien, da der kleine Weg Richtung Marienstraße vergrößert und asphaltiert werden müsste, es müssten auch Treppen entfernt und Bäume gefällt werden. Es gebe bereits asphaltierte Wege. Dies wäre weniger Aufwand. Auch die Naturzerstörung solle berücksichtigt werden. Er möchte wissen, wie die Kosten zwischen Kerkrade und Herzogenrath aufgeteilt werden. Er schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass alle Varianten der Politik, der Eurode-Versammlung und den Bürgern vorgestellt werden. Er könne sich aber mit dem Beschlussvorschlag der SPD anfreunden. Vor 30 Jahren sind mit Bürgern an der Marienstraße Bäume gepflanzt und Parkbuchten gemacht worden, deshalb sei dies nicht vernünftig. Er würde den Beschlussvorschlag folgendermaßen ergänzen: „... beauftragt die Verwaltung alle Vorzugsvarianten vorzustellen und in Gesprächen mit der Gemeinde Kerkrade das weiterzuverfolgen.“ Hinzu komme Bürgerinformation und -beteiligung im Vorfeld. In der Ratssitzung habe man bereits gesagt, dass die Vorzugsvariante nicht gewünscht ist, deshalb sollte man dies hier folgerichtig auch entfernen.

Herr Türck-Hövener antwortet, dass man sich über die Kostenbeteiligung noch nicht unterhalten hat. Er stimmt Herrn Barth zur Vorzugsvariante und zur Bürgerbeteiligung zu. Die LOI sei im letzten Rat beschlossen worden. Er könne die Frage nicht beantworten.

Herr Barth regt an, eine Befahrung zu machen, um dies vor Ort zu sehen.

Herr Göttgens tut sich mit der Umformulierung schwer, da die Machbarkeitsstudie ihre Begründung habe und man nicht über das Nachbarland zu entscheiden hat, sondern sich mit Kerkrade abstimmen muss. Es befürchtet, dass die Umsetzung gefährdet ist, wenn man eine andere Variante als die aus dem Gutachten beschließt. Er spricht sich für den ursprünglichen Beschlussvorschlag aus, sodass die Umsetzung relativ sichergestellt ist.

Herr Pontzen begrüßt das Vorhaben und findet es wichtig, die Bürger frühzeitig zu beteiligen. Man schließe sich den Argumenten an.

Herr Barth erläutert, dass es wichtig ist, mit Kerkrade auf eine Linie zu kommen. Im Rat sei einstimmig beschlossen worden, dass dies entfernt wird und Herr Türck-Hövener sei durch den Rat beauftragt worden, dies mit Kerkrade zu kommunizieren. Einer Machbarkeitsstudie müsse nicht gefolgt werden, die Politik entscheide darüber. Insgesamt ist es eine positive und wichtige Maßnahme. Die Feinheiten müssen geklärt werden.

Herr Türck-Hövener antwortet, dass man mit dem heutigen Beschluss nochmal auf Kerkrade zugehen wird, die nächsten Schritte geht, die Bürger beteiligt und die Strecke befährt. Für die Umsetzung werden auch Fördergelder benötigt. Nach der Abarbeitung dieser Schritte könne man das Ergebnis nochmal ausführlich diskutieren. Herr Türck-Hövener bedankt sich für diesen Auftrag.

Herr Mathieu äußert Vertrauen in die Verwaltung, dass man am Ende die beste Lösung hat.

Herr Fürpeil liest den geänderten Beschlussvorschlag vor:

Der Ausschuss für Mobilität und Tiefbau nimmt das Ergebnis der Machbarkeitsstudie zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Umsetzung einer Radwegeverbindung zwischen dem Bushof Kerkrade und dem Bahnhof Herzogenrath gemeinsam mit der Gemeinde Kerkrade grundsätzlich weiterzuverfolgen.

Um die Bürgerschaft frühzeitig aktiv an den Planungen für die genaue Streckenführung zu beteiligen, beauftragt der Ausschuss für Mobilität und Tiefbau die Verwaltung, die verschiedenen Varianten zeitnah in einem Bürgerworkshop vorzustellen und zu diskutieren.

Herr Barth erklärt sich mit dem erweiterten Beschlussvorschlag einverstanden, sofern ergänzt wird, dass eine Befahrung stattfindet.

Herr Fürpeil ergänzt den Beschlussvorschlag um die Befahrung. Es gibt Zustimmung zur Erweiterung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität und Tiefbau nimmt das Ergebnis der Machbarkeitsstudie zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Umsetzung einer Radwegeverbindung zwischen dem Bushof Kerkrade und dem Bahnhof Herzogenrath gemeinsam mit der Gemeinde Kerkrade grundsätzlich weiter zu verfolgen.

Um die Bürgerschaft frühzeitig aktiv an den Planungen für die genaue Streckenführung zu beteiligen, beauftragt der Ausschuss für Mobilität und Tiefbau die Verwaltung, die verschiedenen Varianten zeitnah in einem Bürgerworkshop vorzustellen und zu diskutieren sowie eine Befahrung zu organisieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 21
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Zu Top 7: **Potenziale von Leerfahrten im Busverkehr;** **hier: Rückmeldung der ASEAG**

Herr Behrend erläutert, dass seine Fraktion einen geänderten Beschlussvorschlag einbringt. Er verweist auf den dritten Satz des letzten Absatzes der Stellungnahme der Vorlage: „Sollten jedoch vermeintliche Taktlücken geschlossen bzw. das Angebot verdichtet werden, sind diese Wünsche konkret an die ASEAG heranzutragen [...]“. Das möchte man auch machen. Am Wochenende gibt es einige Fahrten zwischen Herzogenrath und Merkstein, die meistens von der 21 auf die 47 wechseln und umgekehrt, die komplett leer stattfinden. Da würde man gerne Anfragen zu prüfen, inwiefern man diese in Linienfahrten umwandeln kann.

Herr Fürpeil liest den geänderten Beschlussvorschlag vor:

„Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit der ASEAG Leerfahrten zwischen „Herzogenrath Bahnhof“ und „Merkstein August-Schmidt-Platz über die Geilenkirchener Straße, die einen Linienwechsel beispielsweise von der Linie 21 auf die Linie 47 und umgekehrt beinhalten, auf die Umwandlung in Linienfahrten inkl. der Ermittlung von Kosten und Nutzen zu prüfen.“

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zusammen mit der ASEAG Leerfahrten zwischen

„Herzogenrath Bahnhof“ und „Merkstein August-Schmidt-Platz über die Geilenkirchener Straße, die einen Linienwechsel beispielsweise von der Linie 21 auf die Linie 47 und umgekehrt beinhalten, auf die Umwandlung in Linienfahrten inkl. der Ermittlung von Kosten und Nutzen zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 21
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Zu Top 8: **Bessere Sichtbarkeit von Absperrpollern**
hier: Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen

Herr Saremba spricht sich im Allgemeinen für eine bessere Sichtbarkeit aus.

Herr Mathieu weist auf die Roermonder Str. hin, wo sämtliche graue Ampelmaste mitten auf einem teilweise 80 cm breiten Fahrradweg stehen. Dort wünscht er sich eine rot-weiße Markierung.

Herr Kosel weist darauf hin, dass im Falle eines Abstellverbots von Fahrrädern am Markt in Kohlscheid Alternativen zum Anschließen von Fahrrädern geschaffen werden sollen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, bestehende Poller sukzessive besser sichtbar zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 21
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Zu Top 9: **Gebühren für Straßenausbau nach dem KAG**
hier: neue Regelung und Satzungsänderung

Herr Mathieu möchte wissen, welche laufenden Maßnahmen betroffen sind.

Herr Uhoda antwortet, dass nach dem alten Kommunalabgabengesetz keine Maßnahmen betroffen sind. Die Verwaltung werde dies natürlich bei allen zur Verfügung stehenden Straßen beantragen, sobald man die Varianten hat.

Herr Barth begrüßt, dass keine Beiträge mehr anfallen und fragt nach Rückständen aus den vergangenen Jahren.

Herr Uhoda teilt mit, dass keine Rückstände bekannt sind.

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität und Tiefbau nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Herzogenrath, die Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes für straßenbauliche Maßnahmen in der Stadt Herzogenrath vom 18.02.2014 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 21
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Zu Top 10: **Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 09.09.2024**
hier: Einrichtung einer Schulstraße an der Regenbogenschule

Herr Barth erläutert, dass im letzten Bildungsausschuss die Schulleiterin der Grundschule Kämpchen gefragt wurde, wie sie zu dem Thema einer Schulstraße steht. Ihre Meinung dazu sei sehr positiv gewesen. Es gebe einige Grundschulen, bei denen das so ist. Die Bürgeranregung sei besonders gravierend. Die Leonhardstraße habe viele alte Häuser ohne Garage. Die Bürger würden aus diesem Grund auf der Straße parken. Die Eltern der Schulkinder haben keine Parkmöglichkeit und stehen deshalb in der zweiten Reihe und blockieren den Verkehr. Es gibt zwei Eingänge an der Regenbogenschule: Die Saarstraße und die Leonhardstraße. Eltern, die ihre Kinder in der Saarstraße rauslassen, fahren anschließend über die Leonhardstraße weiter, wo bereits andere Autos stehen. Um 8 Uhr morgens sei dort ein Verkehrschaos und es müsse dringend gehandelt werden. Herr Barth erläutert, dass dort bereits eine unechte Einbahnstraße geprüft worden ist. Im November 2023 habe ein Ortstermin mit der Schulleitung und der Polizei und, soweit er sich erinnert, auch dem Ordnungsamt stattgefunden. Die Maßnahme „Gelbe Karte“ habe nicht gewirkt. Er schlägt folgenden erweiterten Beschlussvorschlag vor:

Der Ausschuss für Mobilität und Tiefbau beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung der Umsetzung einer Schulstraße in Leonhardstraße und Saarstraße und möchte eine schnellstmögliche Umsetzung in ein Verkehrsverbot.

Herr Mathieu gibt seinem Vorredner recht. Die Umsetzung soll geprüft werden. Dem Ausschuss soll erläutert werden, was das Instrument „Schulstraße“ bedeutet und in welcher Konsequenz es durchgesetzt werden kann.

Herr Behrend bittet, dies zu bündeln. Zuerst soll im Ausschuss erläutert werden, was das ist und dann auch Maßnahmen, die man umsetzen kann.

Herr Saremba merkt an, dass ein Antrag von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen vom 12. April 2024 untergegangen ist und sie den Beschlussvorschlag dieses Antrags deshalb als Erweiterung des Beschlussvorschlags für diesen TOP vorgeschlagen: „Die Verwaltung wird außerdem beauftragt, dem Ausschuss für Mobilität und Tiefbau das Konzept „Schulstraßen“ ggf. unter Hinzuziehung von Experten, wie der Landesverkehrswacht Nordrhein-Westfalen e.V., oder von durchführenden Kommunen vorzustellen.“

Herr Göttgens hat nichts gegen einen Prüfauftrag und die Erweiterung der SPD einzuwenden. Er steht einer Schulstraße kritisch gegenüber. Verkehrsteilnehmer werden für Fehlverhalten bestraft, indem beispielsweise eine Komplettspernung vorgenommen wird. Wenn dies an zwei Straßen erfolgen soll, fragt er sich, wie im morgendlichen Berufsverkehr noch jemand das Wohngebiet verlassen soll.

Herr Behrend verweist auf C18 der Beschlusskontrolle, in der steht, dass diesem Ausschuss das Konzept vorgestellt wird.

Herr Barth beanstandet, dass ihm die Bearbeitung der Bürgeranregung zu lange dauert. Es handle sich um eine konkrete Bürgeranregung. Erläuterungen zum Instrument „Schulstraße“ würden bis zum nächsten Ausschuss Ende November dauern. Eine vollkommene Sperrung sei nicht richtig. Anwohner und Lehrkräfte dürften in die Schulstraße reinfahren. Es gebe dort

nur Schul- und Anwohnerverkehr. Herr Barth besteht auf die Abstimmung über seinen Beschlussvorschlag. Sollte es auf Verzögerung hinauslaufen, sollen die Schule und der Antragsteller informiert werden.

Herr Pontzen unterstützt die Dringlichkeit. Prüfungen können sehr lange dauern. Er möchte wissen, wie groß der Prüfungsaufwand ist und ob es möglich ist, in der nächsten Sitzung eine Vorstellung zu kriegen zum Thema Schulstraßen, was den Antrag angeht, dem sich seine Partei angeschlossen hat und wie die konkreten Auswirkungen sind. So sei sichergestellt, dass es nicht ein Jahr dauert, bis eine Prüfung erfolgt.

Herr Uhoda sieht auch die Notwendigkeit, dies nicht hinauszuzögern und dass es prioritär vorzuziehen ist. Er versucht, im nächsten Ausschuss ein Ergebnis vorzustellen.

Herr Kosel möchte ein paar Missverständnisse aus dem Weg räumen. Über den Sachverhalt sei auf den Antrag hin schon grundsätzlich beraten worden. Da sei schon jeder Punkt, den die SPD gerade in den Beschlussvorschlag eingebracht hat, behandelt. Insofern gebe es keine Notwendigkeit, dies hier erneut zu beschließen. Er stimmt Herrn Barth zu, dass dieser konkrete Fall gut ausprobiert werden kann. Man könne den Zufluss zu den Straßen unterbinden, den Abfluss jedoch nicht. So könnte man vermeiden, dass die Anwohner dort nicht wegkommen. Grundsätzlich würde man es nur dort einrichten, wo es sinnvoll für die Verkehrssicherheit und die Schule ist.

Herr Barth antwortet, dass es ihm um die Zeitschiene geht. Außerhalb der Stoßzeiten gebe es keinen Verkehr. Er könne sich damit einverstanden geben, wenn das Thema vorgestellt und zugesagt wird, eine konkrete Lösung und Umsetzung im nächsten Ausschuss zu beschließen. Es müsse nicht wortwörtlich über den Beschlussvorschlag der UBL abgestimmt werden, wenn man sich auf dieser Linie einigt. Dies sei der gravierendste Zuweg zu Schulen, den er kennt.

Herr Fürpeil fasst zusammen, dass der erweiterte Beschlussvorschlag der UBL zurückgezogen wird, wenn die Verwaltung dem gerade Gesagten zusagt. Herr Fürpeil habe gerade mitbekommen, dass das in der nächsten Sitzung der Fall sein wird. Die SPD hat auch einen erweiterten Beschlussvorschlag vorgestellt, der nach der Diskussion auch obsolet wird.

Herr Saremba verneint. Der Beschlussvorschlag solle folgendermaßen erweitert werden: „... dann wird die Verwaltung außerdem beauftragt, dem Ausschuss für Mobilität und Tiefbau das Konzept „Schulstraßen“ ggf. unter Hinzuziehung von Experten, wie der Landsverkehrswacht Nordrhein-Westfalen e.V., oder von durchführenden Kommunen vorzustellen. Die Vorstellung erfolgt bis zur nächsten Sitzung.“

Herr Barth antwortet, dass im Beschlussvorschlag dann ergänzt werden muss, dass in der nächsten Sitzung ein Konzept für den Bereich Leonhardstraße / Saarstraße vorgestellt wird, das anschließend umgesetzt wird.

Herr Fürpeil nimmt diese Ergänzung in den geänderten Beschlussvorschlag auf.

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität und Tiefbau beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung der Umsetzung einer Schulstraße gemäß der Bürgeranregung. Die Verwaltung wird außerdem beauftragt, dem Ausschuss für Mobilität und Tiefbau das Konzept „Schulstraßen“ ggf. unter Hinzuziehung von Experten, wie der Landsverkehrswacht Nordrhein-Westfalen e.V., oder von durchführenden Kommunen vorzustellen. Die Vorstellung erfolgt bis zur nächsten Sitzung. In der nächsten Sitzung wird ein Konzept für den Bereich Leonhardstraße / Saarstraße vorgestellt, das anschließend umgesetzt wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 21
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Zu Top 11: **Fortschreibung des Landesstraßenbedarfsplan NRW;**
hier: Information

Herr Mathieu liest folgenden geänderten Beschlussvorschlag vor:

„Die Verwaltung soll mitteilen, dass die Planung der L47 als Ortsumfahrung Herzogenrath nicht weiterverfolgt werden soll.“

Herr Schlebusch vergewissert sich, dass die Umfahrung Alt Merksteint gemeint ist.

Es gibt Zustimmung.

Herr Schlebusch erläutert zur L240, dass die Planung von der Stadt Übach-Palenberg abgelehnt worden ist. Er möchte wissen, warum in der Vorlage dennoch die Sprache von „vormals Stufe 2“ ist. Im Landesstraßenbedarfsplan steht dies als Stufe 2 drin. Er fragt, ob sich eine Änderung ergeben hat. Außerdem sei das ganze Projekt im Landesstraßenbedarfsplan als Bundesstraßenprojekt B221 hochgestuft worden. Dies sei widersprüchlich. Zur L42 stellt sich die Frage der Relevanz für die Stadt Herzogenrath. Zum Ausbau der L233 „Birk – Herzogenrath / Schulzentrum“ möchte Herr Schlebusch wissen, was „unter Verkehr“ im Sachverhalt der Vorlage bedeutet.

Herr Uhoda antwortet zur letzten Frage, dass er keine weiteren Informationen hat und nicht weiß, ob es eine weitere Ausbaustufe von der L223 gibt. Von Jüderstraße bis Schulzentrum sei der Ausbau erfolgt. Zur L42 gibt er Herrn Schlebusch recht. Es sei aufgrund der verkehrlichen Relevanz noch erwähnt, da es auf Landesebene weiter besprochen wird und auch Straßen NRW sich diesbezüglich äußern wird. Zur L240 hat er keinen Hinweis, weshalb es „vormals Stufe“ ist.

Herr Schlebusch bittet, dies bei Straßen NRW nachzufragen, da der Bau der Straße für die Ortskerne eine Entlastung darstellen würde. Eine Priorisierung wäre deshalb zu befürworten.

Herr Türck-Hövenner antwortet, dass man lange in der Versammlung der Technischen Beigeordneten der StädteRegion darüber diskutiert hat. Man sei zu dem Ergebnis gekommen, dass die Abfrage der Landesstraßenbedarfsplanung NRW nur eine Formsache des Landesbetriebs Straßenbau ist. Es handle sich um Maßnahmen, die möglicherweise in 20 Jahren kommen, da sie alle nicht auf der Prioritätenliste stehen. Die Planungen in Herzogenrath stehen alle an einem sehr frühen Planungsstand und alle seien sich einig, dass diese nicht umgesetzt werden.

Herr Schlebusch fragt erneut, weshalb „vormals Stufe 2“ in der Vorlage steht.

Herr Fürpeil verweist auf eine Antwort im Protokoll.

Antwort der Verwaltung:

"Vormals Stufe 2" bezieht sich auf die Dringlichkeitsstufe in der die Maßnahme beim letzten Landesstraßenbedarfsplan einsortiert gewesen ist.

Beschluss:

Die Verwaltung soll mitteilen, dass die Planung der L47 als Ortsumfahrung Herzogenrath nicht weiterverfolgt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20
Nein-Stimmen: 1 (UBL)
Enthaltungen: 0

Zu Top 12: **Neuaufstellung des ÖPNV-Bedarfsplans;** **hier: Information**

Herr Behrend fragt, wann der Baubeginn ist, denn laut go.Rheinland ist die Maßnahme zumindest bis April 2025 nicht geplant.

Antwort der Verwaltung:

Der aktuelle Sachstand im Projekt der Bahn zum zweigleisigen Ausbau der Strecke in den Niederlanden sowie des Überwerfungsbauwerks ist der Verwaltung nicht bekannt. Der zusätzliche Bahnsteig in Herzogenrath Bf ist bereits umgesetzt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität und Tiefbau nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Top 13: **Nebenanlagen entlang zu sanierender Hauptverkehrsstraßen;** **hier: Antrag der SPD- und Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktionen vom 09.07.2024**

Herr Matthieu erläutert, dass bei einer schnellen Sanierung der Geilenkirchener Straße zwischen den Randsteinen durch Straßen NRW die Stadt keine Möglichkeit hat, die Nebenanlagen zu sanieren, wie die Fraktion es fordert. Er empfiehlt, mit den Nachbarkommunen zu sprechen, bezüglich einer überproportionalen Beeinträchtigung im Falle einer Sperrung der Haarbachtalbrücke, wenn die Geilenkirchener Straße neu asphaltiert wird. Die grundsätzliche Intention sei, dass der schlechte Zustand der Radverkehrsanlagen entlang der Geilenkirchener Straße nicht zementiert wird. Es ist hinter dem Freibad, Richtung Stadtgrenze ein Schild „Radwegeschäden“ aufgestellt worden. Bei Anlagen, die aufgrund von Widrigkeiten nicht auf den modernen Stand gebracht werden, sollen die Schilder entfernt werden, sodass diese nicht mehr als Benutzungspflichtig gekennzeichnet sind, da dies zu kritischen Situationen zwischen Auto- und Radfahrern führt.

Herr Barth antwortet, dass der schlechte Zustand auch Gehwege betrifft. Es würde kein Verständnis dafür geben, wenn die Fahrbahn, aber nicht die Geh- und Radwege saniert werden. Er stimmt dem geänderten Beschlussvorschlag zu. Er möchte wissen, ob die Sanierung der Straße durch Straßen NRW bezahlt werde und die Nebenanlagen in jedem Fall auf Kosten der Stadt laufen.

Herr Uhoda antwortet, dass der Radweg auch von Straßen NRW finanziert wird. Hier müsse man zwischen einem getrennten Radweg und einer Mischnutzung unterscheiden. Bei einer Mischnutzung müsse die Stadt anteilig zahlen.

Herr Göttgens merkt an, dass die CDU dem Beschlussvorschlag nicht zustimmt, da eine grundsätzliche Modernisierung erfolgen soll. Der Beschluss könne zu Sanierungen von laut der Netzplanung nicht benötigten Radwegen führen. Der Ausbau sollte nicht grundsätzlich und ohne Beachtung eines Konzepts gefordert werden. Von der Kirchrather Straße hätte man den Radverkehr in die Hauptstraße verlegen sollen. Die Entflechtung der Verkehrsströme sei die beste Lösung, da sie die Gefahren für alle Verkehrsteilnehmer minimiert.

Herr Mathieu merkt an, dass die Anordnung der Benutzungspflicht auf dem gemeinsamen Rad- und Gehweg nicht den aktuellen Richtlinien entspricht. Dies sei rechtswidrig. Deshalb habe Straßen NRW dort Anlagen nach aktuellem Standard zu schaffen.

Herr Uhoda antwortet, dass dies im Termin mit Straßen NRW angesprochen worden sei und Straßen NRW dies bewusst ist. Es sei deshalb nur eine Sanierung vorgesehen. Eine Sanierung bedeutet, dass nur die Straßenoberfläche und an bestimmten Punkten der Untergrund betroffen sind, also von Randstein zu Randstein. Die Rad- und Gehwege bleiben im Bestand, also gelte die alte gesetzliche Vorgabe. Die Straße sei vor 33 Jahren gemacht worden. Die Stadt könne da nichts machen.

Herr Pontzen unterstützt die Idee, die Nebenanlagen auch zu sanieren, wie im Antrag gefordert.

Herr Kosel möchte zur Voccartstraße zwischen Kohlscheid und Pannesheide, einer Landesstraße, wissen, ob eine Aufhebung des benutzungspflichtigen Geh- und Radweges dann anders bewertet werden muss und Straßen NRW wieder in der Planungspflicht steht.

Herr Uhoda antwortet, dass es von Boscheln bis zum August-Schmidt-Platz gehen und dann alle zwei Jahre weitergehen sollte, bis zur kommunalen Grenze von Aachen, was insgesamt 14 km sind. Zur Voccartstraße, im Bereich Media Markt, sei im Falle einer Sanierung des Bestands nur die Fläche zwischen Randstein und Randstein betroffen. Wenn die Stadt eine Änderung zum gemischten Rad- und Fußweg will, kann man dies bei Straßen NRW beantragen, muss dann jedoch auch Fläche dafür hergeben.

Herr Barth antwortet, dass nicht spekuliert, sondern abgestimmt werden soll.

Herr Uhoda möchte klarstellen, dass er es gut findet, dies anzugehen. Man habe durch die Verschiebung die Möglichkeit, selbst einen Plan vorzulegen und Straßen NRW zu beteiligen und dann zu fragen, ob Straßen NRW die Zusatzkosten übernimmt und einverstanden ist. Er weist darauf hin, dass im Doppelhaushalt kein Geld zur Verfügung steht. Eine Million Euro wird benötigt, die zum Teil auch von Straßen NRW zu finanzieren sind.

Herr Türck-Hövenner bekräftigt Herrn Uhoda. Mit dem heutigen Beschluss müsse man 2026 eine Million Euro in den Haushalt einstellen, nicht wissend, was kommt.

Herr Schlebusch fragt, wie es aussehen würde, wenn man die Versorgungsträger beteiligt.

Herr Türck-Hövenner antwortet, dass dies ein heißes Thema ist. Idealerweise müsse man in diesem Bereich die Wärmeleitungen legen. Dies würde in manchen Bereichen Sinn machen. Man sei gerade in der kommunalen Wärmeplanung. Man müsse auch mit allen anderen Leitungsträgern in den Austausch darüber gehen, dass eventuell in den kommenden Jahren der Ausbau der Straße kommt und eine zeitgleiche Erneuerung der Leitungen geplant werden soll.

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität und Tiefbau beauftragt die Verwaltung, bei Baumaßnahmen zur Erneuerung von Straßen im Stadtgebiet durch externe Straßenbaulastträger grundsätzlich

die Modernisierung von Nebenanlagen für Fußgänger und Radfahrer anzustreben.

Im Hinblick auf die begrenzten eigenen personellen und finanziellen Ressourcen sollen zur Nutzung von Synergieeffekten entsprechend geeignete Vereinbarungen zwischen der Stadt, dem betreffenden Straßenbaulastträger und ggf. Fördermittelgebern getroffen werden.

Da, wo eine Modernisierung von Nebenanlagen nach den Standards der aktuell gültigen FGSV-Regelwerke nicht als integraler Bestandteil der Baumaßnahme möglich ist, sind die vorhandenen StVO-Regelungen in Bezug auf die Führung des Radverkehrs in Form von Verkehrszeichen und Fahrbahnmarkierungen an die geltende Rechtslage anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16

Nein-Stimmen: 5 (CDU)

Enthaltungen: 0

Die Sitzung wird für eine Pause von 20.15 Uhr bis 20.20 Uhr unterbrochen.

Zu Top 14: **Überarbeitung des bestehenden ÖPNV-Konzeptes für die Bereiche
Niederbardenberg und Wefelen**

hier: Antrag der UBL-Fraktion vom 02.09.2024

Herr Barth merkt an, dass die Gelenkbusse ein Unding sind. Der NetLiner ermöglicht auch die Anbindung von Wefelen. Er weist darauf hin, dass die entfallenden Kosten einbezogen werden sollen. Der Umbau an verschiedenen Haltestellen sei mit dem NetLiner überflüssig. Mit dem Beschlussvorschlag ist er einverstanden.

Herr Behrend liest folgenden erweiterten Beschlussvorschlag vor:

„Die Verwaltung wird beauftrag, den Antrag in die Konzeptionierung der 2. Ausbaustufe des NetLiner-Konzeptes „Herzogenrath Nord“, welches am 31.10.2023 im Ausschuss für Mobilität und Tiefbau vorgestellt wurde, aufzunehmen, welcher eine Bedienung von Niederbardenberg und Wefelen durch den NetLiner vorsieht.“

Herr Behrend erläutert, dass man sich ein Bild der Situation gemacht hat. Die Gelenkbusse seien nicht ideal. Er bittet um eine schnellstmögliche Prüfung, aber keine Sonderprüfungen für Wefelen und Niederbardenberg.

Herr Barth ist mit einer direkten Umsetzung ohne langwierige Prüfung einverstanden. Man brauche keinen Ausbau der Bushaltestellen, wenn der NetLiner dort fährt. Dies spare Kosten. Er schließt sich Herrn Behrend an.

Herr Uhoda erläutert, dass die Verwaltung im Austausch mit der ASEAG ist. Der Gelenkbus sei dort im Einsatz, weil Politik und Verwaltung dies vor ca. 30 Jahren gewünscht haben. Die ASEAG würde Zeit in Niederbardenberg verlieren und findet es daher nicht problematisch, Niederbardenberg nicht mehr zu befahren. Die Gelenkbusse werden nicht ausgetauscht, da diese ab Würselen benötigt werden. Herr Uhoda begrüßt die Idee des NetLiners. Es werde ein Auftrag wie für Merkstein benötigt. Es werde ein halbes bis dreiviertel Jahr dauern, bevor man die Ergebnisse zu Kosten und Einsparungen habe.

Herr Göttgens erläutert, dass der NetLiner die Fortführung des Anruf-Linien-Taxis ist, um schwach erschlossenen Gebieten oder in Nebenzeiten eine Anbindung zu ermöglichen. Der Wegfall des Anschlusses von Niederbardenberg dürfe erst nach Bereitstellung des NetLiners erfolgen. Der NetLiner habe nur eine Zubringerfunktion zu den nächsten größeren Knoten-

punkten. Der NetLiner sei aktiv zu bestellen und komme nicht einfach vorbei. Es gäbe in Regionen, in denen vom Linienverkehr auf den NetLiner umgestellt wird, rückläufige Nutzungszahlen. Es solle nicht zu Versorgungslücken kommen und sichergestellt sein, dass der NetLiner aus diesem Grund nicht nach einem Jahr eingestellt wird.

Herr Barth bringt ein, dass die Linie 21 so fahren sollte, dass diese sich laut Fahrplan nicht begegnen. Dies sei in der Praxis allerdings nicht der Fall. Ein Anschluss für Wefelen sei gut. Die Linie 21 solle erst nach Einrichtung des NetLiners nicht mehr durch Niederbardenberg fahren.

Herr Behrend stimmt zu, dass Merksteins Bedienung durch den NetLiner im STARK-Konzept enthalten ist. In der ersten Ausbaustufe seien zusätzliche Haltepunkte für den NetLiner vorgesehen. In der zweiten Ausbaustufe werden auch Wefelen und Niederbardenberg geprüft. Für ihn sei das plausibel.

Herr Ebert findet den Punkt von Herrn Barth wichtig, da es bei der Verlegung der Bushaltestelle Forstumer Str. erhebliche Gegenwehr der Anwohner gegeben hat. Der Bereich, wo die Bushaltestelle verlegt werden soll, verenge nochmal die Straßen. Herr Ebert möchte die Sensibilität bei Herrn Uhoda erhöhen, dass keine Umbaumaßnahmen stattfinden, bevor dieses Problem nicht gelöst ist.

Herr Fürpeil fragt, ob dies im Allgemeinen oder nur für die Forstumer Str. gemeint ist.

Herr Ebert antwortet, dass es im Allgemeinen gemeint ist. Daraufhin sagt Herr Fürpeil, dass man in der Forstumer Str. nichts machen könne. Zum Friedhof sei am 07. Oktober 2024 der Ortstermin angedacht.

Herr Türck-Hövenner weist auf die Zusatzkosten für die Stadt durch den NetLiner hin. Dies sei nicht günstiger als die Regioversorgung.

Herr Behrend merkt an, dass die ASEAG nur die Kürzung der HZ1 und HZ3 und nicht das Wegfallen der Schleifenfahrt durch Niederbardenberg geprüft hat. Dies sei auf der Folie 18 der Präsentation der ASEAG dargestellt, jedoch ohne Kosten. Nur im STARK-Konzept seien die Kosten berücksichtigt.

Ein Mitglied der SPD sagt, dass Kosten durch eine geringere Abnutzung der Straßen gespart werden.

Frau Hofmann fragt, ob die Barrierefreiheit durch den NetLiner gewährleistet ist.

Herr Fürpeil bejaht.

Herr Fürpeil liest den erweiterten Beschlussvorschlag vor:

„Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag in die Konzeptionierung der 2. Ausbaustufe des NetLiner-Konzepts „Herzogenrath Nord“, welches am 31.10.2023 im Ausschuss für Mobilität und Tiefbau vorgestellt wurde, aufzunehmen, welcher eine Bedienung von Niederbardenberg und Wefelen durch den NetLiner vorsieht.“

Herr Fürpeil ergänzt, dass Herr Uhoda den erweiterten Beschlussvorschlag darum ergänzt, dass die Verwaltung unter Einbindung der ASEAG beauftragt wird.

Es gibt Zustimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird unter Einbindung der ASEAG beauftragt, den Antrag in die Konzeptionierung der 2. Ausbaustufe des NetLiner-Konzepts „Herzogenrath Nord“, welches am 31.10.2023 im Ausschuss für Mobilität und Tiefbau vorgestellt wurde, aufzunehmen, welcher eine Bedienung von Niederbardenberg und Wefeln durch den NetLiner vorsieht.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 21
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Zu Top 15: **Ausbau Römerstraße**

hier: Ergebnis der Bürgerinfo – Beschluss der Entwurfsplanung

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität und Tiefbau nimmt das Ergebnis der Bürgerinfo zur Kenntnis und beschließt die vorgelegte Entwurfsplanung. Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, die Planung der Römerstraße fortzusetzen und die Ausschreibung der Straßenbauarbeiten vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 21
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Zu Top 16: **Bürgeranregung gemäß § 24 Gemeindeordnung NRW vom
15.07.2024**

hier: Vernachlässigte Fuß- und Radwege

Herr Saremba erläutert, dass der Bewuchs die Radwege stark einschränkt. Er fordert die Verwaltung auf, die Anwohner und Straßen NRW zu kontaktieren, sodass die Radwege befahrbar sind.

Herr Uhoda antwortet, dass die Ortsangaben gefehlt haben. Herr Schulte habe die Orte herausgefunden und überprüft. Ein großer Teil sei Landesstraße oder die Bürger seien verantwortlich. Damit sei eine Übergabe an das Ordnungsamt erfolgt, die Kontakt zu den Bürgern aufnehmen. Dann sei man bei der Ersatzvornahme. Straßen NRW würde auch regelmäßig darauf hingewiesen, mit dem Erfolg, den man draußen sieht.

Herr Schulte ergänzt, dass die Hecken und Sträucher der Stadt gemacht worden seien, der Weiße Weg und die Haus-Heyden-Straße. Die privaten Hecken seien schwierig.

Herr Kosel besteht auf die Benutzbarkeit der Bahn, unabhängig von der Zuständigkeit. Dies sollte im Fokus stehen. Straßen NRW scheint sich nicht so zu kümmern, wie es nötig ist. Notfalls solle die Stadt es selbst machen und in Rechnung stellen.

Herr Türck-Hövenner antwortet, dass dies nicht so einfach umsetzbar ist. Es gebe verschiedene Zuständigkeiten, die man einhalten muss. Man werde nicht die Arbeit für andere machen und die Hecken der Bürger wegmachen, um dann Anzeigen wegen Sachbeschädigung zu erhalten.

Herr Barth ist sehr unzufrieden mit der Sitzungsvorlage. Ein Bürger habe sich große Mühe gegeben, hier anzurufen. Er bekam von der UBL den Hinweis, eine Bürgeranregung für den Ausschuss einzureichen. Diese sei jetzt im Ausschuss und der Bürger bekommt die Antwort, an welche Ämter der Verwaltung er sich wenden kann. Dies habe er doch bereits gemacht. Auf den Bürger würde so nicht eingegangen werden. Man könne auch den Bürger fragen, wo die betroffenen Stellen sind. Bei Privatbesitz gibt es die Möglichkeit, eine Frist zu setzen. Wenn diese nicht eingehalten wird, könne man in Vorleistung gehen und diese dann in Rechnung stellen. So könne man mit einem Bürger, der sich Mühe gegeben hat, nicht umgehen. Eine Kenntnisnahme sei zu wenig. Man solle die Verwaltung beauftragen, die Sachen, soweit es in ihrer Zuständigkeit ist, umzusetzen und wenn es nicht in ihrer Zuständigkeit ist, wie z.B. bei Privatbesitz, zu veranlassen, dass es umgesetzt wird. Herr Barth sagt, er habe kein Verständnis für diesen Umgang mit Bürgern. Er schlägt vor, den Beschlussvorschlag um die Aufforderung zur Umsetzung zu ergänzen.

Herr Uhoda erläutert, dass die Verwaltung Kontakt zu dem besagten Bürger aufgenommen hat. Dieser habe auch nicht mehr gewusst, wo die Orte seien.

Es gibt teilweise Widerspruch.

Herr Uhoda erläutert weiterhin, dass die Kommunikation im Ordnungsamt stattgefunden hat. Auch ihm liegt die Bürgerfreundlichkeit am Herzen.

Herr Barth ergänzt, dass der Bürger ihm gesagt hat, dass er es bereits beim Ordnungsamt gemeldet hat. Dies dürfe wegen falscher Organisation nicht im Sande verlaufen. Die Situation mit der Straßenverkehrsbehörde in Zusammenhang mit dem Ordnungsamt sei absolut unbefriedigend.

Herr Schlebusch bringt ein, dass er Ende August ein Foto am Ehrenmahl gemacht hat. Dort sei anschließend geschnitten worden. Von dem Gehweg war dort zuvor ein Drittel nicht nutzbar. Die Bürger würden darauf hingewiesen werden, aber die städtischen Flächen seien in einem solchen Zustand. Dies könne nicht sein.

Herr Uhoda stellt sich vor seine Mitarbeiter. Man arbeite dies mit und er verwehrt die Aussage, dass man hektisch reagiert habe. Es gebe einen Umlaufplan. Ab Mitte Juni bis September sei Urlaubszeit und im Juli und August seien nur 40 % der Mitarbeitenden vom Bauhof anwesend. Da müsse man Prioritäten setzen. Das tropische Wetter in diesem Jahr, mit viel Regen und warmen Temperaturen, habe im Vergleich zu den trockenen Vorjahren für ein sehr starkes Wachstum gesorgt. Die Bearbeitung von privaten Zuständigkeiten sei nicht zu schaffen. Der Bauhof ist durch Steuergelder finanziert. Man sei bereit, zusätzliche Aufgaben zu übernehmen, wenn mehr Geld und Personal vorhanden sind.

Herr Mathieu widerspricht Herrn Saremba, dass es nicht nur um wachsende Sträucher geht, sondern auch um die schlechte Situation des Radwegs in der Bierstraße, der zwischen zwei Parkplätzen verläuft und den dort verkehrswidrig parkenden Fahrzeugen. Der Verkehringenieur der Stadt habe dies vor 10 Jahren bei Straßen NRW angemerkt und es sei bisher nichts passiert. Herr Mathieu wünscht sich, dass das innerstädtische Radverkehrsnetz in Gang kommt.

Herr Fürpeil kommt zur Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag.

Herr Barth sagt, dass der erweiterte Beschlussvorschlag sei, dass der Ausschuss zur Kenntnis nimmt und aufgefordert wird, die Mängel schnellstmöglich zu beseitigen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität und Tiefbau nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Mängel schnellstmöglich zu beseitigen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 21
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Zu Top 17: **Widmung von Verkehrsflächen;**
hier: Brucknerstraße

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität und Tiefbau beschließt die Widmung der Brucknerstraße (Gemarkung Kohlscheid, Flur 8, Flurstücke 1775, 1776 und 1777) gemäß § 6 des Straßen- und Wegegesetzes NRW in der derzeit gültigen Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 21
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Zu Top 18: **Widmung von Verkehrsflächen;**
hier: Bicherouxstraße

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität und Tiefbau beschließt die Widmung der Bicherouxstraße (unter „Sachverhalt“ aufgelistete Flurstücke) gemäß § 6 des Straßen- und Wegegesetzes NRW in der derzeit gültigen Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 21
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Zu Top 19: **Informationen und Anfragen**

Herr Uhoda informiert den Ausschuss gemäß Geschäftsordnung über Auftragsüberschreitungen in folgenden Maßnahmen:

- LOS50 vom ABK Kanalsanierung Hauptstraße in Herzogenrath: Angesetzt waren rund 360.000 €. Es gibt zwei Nachträge in den Vorbereitungsarbeiten für den Inliner Ausbau und zusätzliche Schachtsanierungsarbeiten, da festgestellt wurde, dass die Schächte undicht waren. Die Nachträge belaufen sich auf rund 75.000 €.
- Tragwerksplanung der Brücke Oststr: Angesetzt waren rund 65.000 € für das

Ingenieurbüro. Es gibt einen Nachtrag in Höhe von 60.000 € wegen der geänderten Randbedingungen, Anforderungen an den Bauwerksentwurf und der gestiegenen Baukosten. Dies sei noch ein Thema mit der Örtlichen Rechnungsprüfung. Herr Uhoda geht aber davon aus, dass dies umgesetzt werden muss.

- Rückbau Schadstoffsanierung Bicherouxstraße: Angesetzt waren rund 80.000 €. Es gibt 5 Nachträge von insgesamt 80.000 € für zusätzliche Arbeiten bei der Asbestsanierung, da das Konzept auf Handarbeit geändert werden muss. Außerdem gebe es Maßnahmen für die Verkehrslenkung für die LKW und eine deutliche Bauzeitverlängerung. Über die Bauzeitverlängerung sei man sich mit der Firma noch nicht ganz im Klaren.

Ergänzung der Verwaltung zu Auftragsüberschreitungen im Protokoll:

- Umgestaltung Römerstraße: Planung (Ingenieurleistung) von Verkehrsanlagen in Höhe von rund 85.000 Euro; Auftragserneuerung der Stufe 2

Herr Uhoda informiert außerdem, dass in den vorherigen Tagesordnungspunkten dieser Sitzung bereits alles zu den Ergebnissen von Straßen NRW gesagt wurde. Zum Wasserversorgungskonzept informiert er, dass dieses im Ausschuss im November mit neuen Vorgaben vorgestellt wird. Alle vier oder sechs Jahre ist man zu einer Aktualisierung verpflichtet. Die enwor ist beauftragt worden, da die enwor auch das Ursprungskonzept gemacht hat. Da es sich aber nur um eine Aktualisierung handelt, sei es günstiger.

Zum Baugebiet Kämpchen II gibt es eine Mitteilung von A61, dass sich die Hochbaumaßnahmen vom Investor verzögern. Eine Begründung sei nicht mitgeteilt worden. Die 80 % seien bei Weitem noch nicht erreicht. Die GEG ist informiert und habe die Stadt informiert. Ein Enddatum könne nicht genannt werden. Der Straßenausbau beginnt damit erst in 2027. Die Bürgerveranstaltung würde man auf 2026 verschieben.

Zu einer Anfrage zum Kreisverkehr Ritzerfeld, die auch A61 betrifft, informiert Herr Uhoda, dass im hinteren Teil weiter gebaut wird und die Maßnahme sich noch in der Zeit befindet.

Herr Schlebusch fragt, wer der ASEAG die Genehmigung erteilt hat, die Haltestelle an der Voccartstraße dauerhaft zu verlegen. Er bezieht sich auf das Protokoll der letzten Sitzung.

Herr Uhoda wird dies nachfragen.

Antwort der Verwaltung:

Die temporäre Haltestellenverlegung wird nach wie vor aufrechterhalten, um den verbleibenden Handwerkern der Baustelle für den Zeitraum des Innenausbaus noch eine nahegelegene Parkmöglichkeit zu bieten.

Die eigentliche Busbuch stand während der Baumaßnahme als Parkmöglichkeit zur Verfügung.

Die ASEAG kann sich eine dauerhafte Verlegung der Haltestelle vorstellen und hierzu sind aber zunächst Abstimmungen mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW zu führen ob dies umzusetzen ist.

Sobald mehr technische Informationen vorliegen wird der Ausschuss erneut informiert.

Herr Fürpeil ergänzt, dass in der letzten Sitzung von einer temporären Änderung gesprochen worden sei. Er bittet um Antwort per E-Mail, da es sich um eine erhebliche Änderung handelt.

Herr Schlebusch ist in Bezug auf den Beginn der Sitzung überrascht, dass Personalprobleme zu Verzögerungen führen. Unbesetzte Stellen, die dazu führen, dass Arbeitsaufträge nicht bearbeitet werden, könnte man nicht nachvollziehen.

Herr Türck-Hövenner wird auf diesen Punkt im nichtöffentlichen Teil eingehen.

Herr Barth bringt ein, dass die Eygelshovener Straße heute Morgen zwischen der Kleikstraße und der Marienstraße gesperrt worden ist. Heute Morgen seien um 7 Uhr Halteverbotsschilder aufgestellt und eine Einbahnstraßenregelung eingeführt worden, ohne dass die Anwohner informiert wurden. Er fragt, weshalb die Anwohner nicht informiert worden sind und wie lange die Maßnahme dauert. Er möchte wissen, ob die Anwohner über die Dauer informiert werden können. Die Situation sei chaotisch, da Anwohner nicht wissen, wo sie parken sollen.

Herr Uhoda antwortet, dass dafür keine Genehmigung beantragt worden ist und er davon nichts wusste. Herr Röhr habe sich dessen angenommen und es überprüft. Aus diesem Grund seien die Verbotsschilder angebracht worden. Es habe mit der Baustelle gegenüber der Kirche zu tun.

Herr Schulte ergänzt, dass für das Haus dort keine Anschlüsse gebaut wurden, die ersten Wohnungen aber schon teilweise vermietet sind. Deshalb seien die Maßnahmen dort einfach begonnen worden. Es würde ungefähr eine Woche dauern.

Herr Barth möchte eine Information für die Anwohner. Zum Radweg an der Albert-Steiner-Straße, zwischen der Schütz-von-Rode-Straße, Richtung Ferdinand-Schmetz-Platz höre der Radweg auf, weil dort gebaut wird. Er möchte wissen, ob dies bekannt ist und bittet um Abhilfe. Außerdem möchte er zu einem Sperrschild für Fußgänger am Ende der Kleikstraße Richtung Bahnhof, weshalb dieses angebracht wurde.

Herr Uhoda erläutert, dass die Baustraße auf dem Gelände von Poetsch nicht den gesetzlichen Vorgaben zur Breite entspricht. Fußgänger müssen dort unterbunden werden, um den Verkehr in der Kleikstraße für den Handel aufrechterhalten zu können. Es gebe über die Rampe einen anderen Weg für die Fußgänger. Man habe sofort reagieren müssen, da Gefahr im Vollzug war.

Zur Frage zum Radweg wirft Herr Mathieu ein, dass der Radweg nicht mehr offiziell ausgeschildert ist.

Auf Herrn Barths Frage zum Radweg antwortet Herr Uhoda, dass dort durch eine Farbmarkierung noch ein vermeintlicher Radweg ersichtlich ist. Offiziell ist dort kein Radweg mehr ausgewiesen, wie Herr Mathieu gesagt hat.

Frau Hofmann fragt zu der Rampe, weshalb dort mit den Bauzäunen abgesperrt ist und ein Schild „Fußgänger verboten“ angebracht ist.

Herr Uhoda antwortet, dass dies dem Investor gehört und dieser dort nicht richtig gearbeitet hat. Er sei mehrfach von der Verwaltung darauf aufmerksam gemacht worden. Es habe keine Abnahme gegeben. Eigentlich sei es gesperrt, da das Geländer fehlt.

Herr Behrend erkundigt sich nach dem Datum der Sondersitzung zum Hochwasserschutz. Zu den Kiss & Ride Parkplätzen am Bahnhof Herzogenrath Mitte erläutert er, dass dort im Kreisverkehr geparkt wird. Er möchte wissen, ob der Verwaltung dies bekannt ist und ob man im Parkplatz alternative Kiss & Ride Parkplätze anbieten kann. Er möchte wissen, ob es möglich ist, den Kreisverkehr mit Pollern auszustatten, sodass es nicht mehr möglich ist, auf dem Gehweg zu parken.

Herr Uhoda antwortet, dass der Termin mit dem WVER für die Vorbesprechung zur Sondersitzung abgesagt wurde. Es sollte auch ein internes Vorgespräch geben, das vertagt wurde. Herr Uhoda ist noch kein neues Datum bekannt. Man werde Kontakt aufnehmen, um es noch in diesem Jahr machen zu können. Für die Kiss & Ride Parkplätze ist der Bürger- und Präsenzdienst zuständig. Dies sei dort bereits angesprochen worden.

Herr Mathieu hat mehrere Fragen. Ein Bürger habe sich beschwert, dass die Bushaltestelle

und das Wartehäuschen an der Voccartstraße nicht beieinander sind. Herr Mathieu fordert mit dem Abschluss der Baumaßnahme, dass die Haltestelle neben dem Wartehäuschen ist. Er informiert, dass ein Bürger sich über die Ampel an der Ecke Dammstraße / Erkenstraße beschwert hat, da diese für Radfahrer, die von der Seitenstraße neben der Bibliothek kommen, nicht grün wird. Er bittet um ein Hinweisschild, dass ein Knopf zu drücken ist. Am Kohlscheider Bahnhof an der Ecke Banker Straße / Wilsberger Straße gibt es taktile Elemente für Sehbehinderte. An einer Stelle entspricht dieser Einbau nicht den Richtlinien. Der Bordstein ist dort sehr stark zur Straße geneigt, was bei Nässe oder Eis gefährlich ist. Herr Mathieu bittet zu prüfen, ob es eine bessere Lösung gibt. Weiterhin erläutert er, dass vor den taktilen Elementen sehr viele Autos parken und ein Bürger dort mit seinem Taststock nicht weiterkommt. Es habe außerdem eine Bürgeranfrage zum Winterdienst für Radwege gegeben. Die Verwaltung solle sich darauf vorbereiten, was im Falle von Schneefall passiert. Im letzten Jahr seien Wege nicht zeitig geräumt worden. Herr Türck-Hövener habe ihm gesagt, dass Straßen NRW trotz seiner Zuständigkeit nicht die Radwege macht und die Stadt es aus diesem Grund machen würde. Im letzten Jahr sei das nicht passiert. Herr Mathieu bittet darum, dass zumindest die Schulwege geräumt sind. Weiterhin erläutert Herr Mathieu, dass Herr Hergesell vor über einem Jahr zugesagt hat, einen verkehrsberuhigten Geschäftsbereich auf dem Kohlscheider Markt einzuführen. Herr Mathieu fragt, weshalb dies nicht passiert ist.

Herr Uhoda antwortet, dass die Bushaltestelle geprüft wird. Die Schaltung der Ampel werde er prüfen. Es gibt hierfür auch andere Methoden der Erfassung. Die taktilen Elemente werde er sich ansehen. Zum verkehrsberuhigten Bereich kann er keine Aussage treffen. Er wird dies nachfragen. Zum Winterdienst auf Radwegen erläutert er, dass es verschiedene Zuständigkeiten gibt. Straßen NRW muss hier die Kosten erstatten, wenn die Stadt es macht, wie Herr Türck-Hövener es zugesagt hat. Dazu würde entsprechend mehr Personal und Zeit benötigt. Herr Uhoda habe Herrn Schulte gebeten, dies zu berechnen und zu prüfen. Herr Uhoda wird dazu im nichtöffentlichen Teil etwas ergänzen.

Herr Saremba hat auf dem Weg von Kohlscheid nach Herzogenrath an der Forensberger Straße festgestellt, dass dort eine Barke steht. Der Radweg hinter dem neuen Hallenbad sei gesperrt. Man müsse die Straße überqueren. Er möchte wissen, wie lange der Radweg gesperrt ist.

Herr Uhoda vergewissert sich, dass es um die Landesstraße geht und nicht um die Forensberger Straße. Er fragt Herrn Schulte, ob Barken aufgestellt wurden. Herr Schulte verneint. Es handle sich um die Versorgung für das Hallenbad vom Hochbauamt. Er wisse nicht, mit welcher Firma dies gemacht wird.

Herr Schlebusch ergänzt, dass dort am Samstag die Anbindung des Schachts vom gegenüberliegenden Straßenteil gemacht wurde. Es sollte in absehbarer Zeit beendet sein. Herr Uhoda ergänzt, dass man Ende des Jahres, nach der Fertigstellung des Parkplatzes, die Anbindung der Forensberger Straße in Angriff nehmen wird.

Herr Schmidt möchte zur Gaststätte Apolloniastraße wissen, ob die Außengastronomie auf den Parkplätzen genehmigt ist.

Herr Uhoda bejaht.

Herr Schulte bejaht, allerdings beschränkte sich die Genehmigung auf die Öffnungszeiten bei Veranstaltungen. Das Ordnungsamt kümmere sich.

Herr Fürpeil leitet zur Aussprache zur Bergstraße ein.

Herr Göttgens erläutert, dass man vor dem Ausschuss die Gelegenheit hatte, sich dies anzuschauen. Die Einbindung in die Ausschussarbeit sei eher ungewöhnlich. Er bittet darum, dass dies in Zukunft über den regulären Weg gehandhabt wird. Durch die Gefällelage läuft

das Wasser unkontrolliert den Wirtschaftsweg herunter und sorgt für Ausspülungen. Wasserführungsanlagen, die dort angebracht waren, sind nicht mehr vorhanden oder funktionstüchtig. Er ergänzt, dass das Riffelblech, welches in der oberen Bergstraße eingebaut wurde, den ersten Wasserschwall aufnimmt und zur Zweiteilung des Bereichs sorgt. Dies sieht Herr Göttgens nur sehr eingeschränkt so. Es würde nur 10 Minuten etwas bringen, da Starkregen kein klares Wasser, sondern Schlamm und Lös mitführt und dies die Rinne in kürzester Zeit zusetzt, sodass die Rinne dann mit Wasser überschossen wird und der Gravitation folgt.

Herr Fürpeil verweist auf eine Beratung im nächsten Ausschuss.

Herr Uhoda antwortet, dass man eine Sofortmaßnahme und Mitte Oktober eine Schotterung vornimmt.

Herr Fürpeil schließt die öffentliche Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Herzogenrath 13.11.2024

Tim Fürpeil Vorsitz	Fabienne Heinrichs Schriftführung